

INHALT

- | | |
|--|--|
| 21. Dienstrechtliche Änderungen für Gemeindebedienstete mit Wirksamkeit vom 1. Juli 2012 | 24. Fachtagung „Wie ticken Jugendliche?“ |
| 22. Vollstreckung von Gemeindeabgaben in anderen EU-Staaten über das Bundesministerium für Finanzen | 25. Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2012 |
| 23. Bundesgesetzliche Vorschriften zur Medientransparenz | 26. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2012 |
| | Verbraucherpreisindex Februar 2012 (vorläufiges Ergebnis) |

21.

Dienstrechtliche Änderungen für Gemeindebedienstete mit Wirksamkeit vom 1. Juli 2012

Vom Tiroler Landtag wurden am 15. Dezember 2011 Novellen zum Gemeindebeamtengesetz 1970, LGBL Nr. 16/2012, sowie zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012, LGBL Nr. 18/2012, beschlossen. Die wesentlichen Inhalte dieser Gesetzesänderungen werden im Folgenden vorgestellt:

1. Zuschlag für Mehrstunden von Teilzeitbeschäftigten

Soweit Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung – bis zur Vollbeschäftigung – an Werktagen von teilzeitbeschäftigten Bediensteten nicht bis zum Ende des dritten Kalendermonats, der der zusätzlichen Dienstleistung folgt, im Verhältnis 1:1 in Freizeit ausgeglichen werden, gebührt ein Zuschlag. Dabei sind folgende „Abgeltungsvarianten“ vorgesehen:

- Ausgleich in Freizeit im Verhältnis 1:1,25 oder
- finanzielle Abgeltung nach den besoldungsrechtlichen Bestimmungen (Grundvergütung und Zuschlag) oder
- Ausgleich in Freizeit im Verhältnis 1:1 und finanzielle Abgeltung des Zuschlags.

Die Bemessungsgrundlage für die Berechnung des Zuschlages bildet beim Beamten der Gehalt und bei Vertragsbediensteten das Monatsentgelt zuzüglich jeweils der 14-mal jährlich gebührenden Zulagen mit Ausnahme

der Kinderzulage. Nebengebühren zählen nicht zur Bemessungsgrundlage.

Beachte: Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung an Sonn- und Feiertagen sind nicht durch Freizeitausgleich auszugleichen. Der Zuschlag einer zusätzlichen Dienstleistung an Sonn- und Feiertagen bis einschließlich der achten Stunde beträgt 25 v. H. und ab der neunten Stunde 50 v. H. der Grundvergütung.

2. Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres – Heranziehung von pädagogischen Fachkräften

Soweit pädagogische Fachkräfte außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden und dabei die regelmäßige Wochendienstzeit nicht überschritten wird, sind diese Zeiten

- in Freizeit im Verhältnis 1:1 bis spätestens zum Ende des nächstfolgenden Kinderbetreuungsjahres oder
- mit der Grundvergütung für Überstunden nach § 110 Abs. 2 G-VBG 2012 abzugelten. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise bei pädagogischen Fachkräften, die Kindergartengruppen betreuen und deren Dienstverhältnis am 20. September 2006 oder später begründet wurde, die Teilung des Monatsentgeltes durch 151,55 vorzunehmen. Demgegenüber ist für den gleichen Personenkreis deren

Dienstverhältnis bereits vor dem 20. September 2006 begonnen hat, als Teiler des Monatsentgeltes die Zahl 138,56 heranzuziehen. Im Fall der gleichzeitigen Leitung einer Kindergartengruppe durch den angeführten Personenkreis beträgt der Teiler unabhängig vom Dienstantritt ebenfalls 138,56.

3. Besuch von Fortbildungsveranstaltungen ‘ durch pädagogische Fachkräfte

Pädagogische Fachkräfte sind verpflichtet, Fortbildungsveranstaltungen im Ausmaß von zumindest fünf Tagen im Kinderbetreuungsjahr (bisher: außerhalb des Kindergartenjahres) zu besuchen, wenn sie hierzu beauftragt werden.

Darüber hinaus wurden vom Tiroler Landtag ebenfalls am 15. Dezember 2011 Novellen zum Tiroler Mutterschutzgesetz 2005, LGBL. Nr. 13/2012, sowie zum Tiroler Eltern-Karenzurlaubsgesetz 2005, LGBL. Nr. 12/2012, beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Mindestdauer des Karenzurlaubes bzw. der Elternteilzeit des jeweiligen Elternteils von drei auf zwei Monate herabgesetzt und damit auf die erweiterte Wahlfreiheit der Eltern in Bezug auf die Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsgeldes reagiert. Im Zuge der Verkürzung der Mindestdauer wurden die Meldefristen für den Karenzurlaub oder einer Teilzeitbeschäftigung ebenfalls angepasst. Diese Änderungen sind rückwirkend mit 1. Jänner 2011 in Kraft getreten.

22.

Vollstreckung von Gemeindeabgaben in anderen EU-Staaten über das Bundesministerium für Finanzen

Ab 1. Jänner 2012 ist es den Gemeinden möglich, auf Basis der EU-Richtlinie 2010/24/EU Amtshilfeersuchen an andere Staaten der EU zu senden. Diese Richtlinie sieht vor, auf welche Art und Weise andere EU-Mitgliedsstaaten Amtshilfe bei bestimmten Steuern und Abgaben zu leisten haben. Damit soll die Eintreibung von Forderungen sichergestellt werden, die in Österreich entstanden sind.

Seitens der EU wurden für Ersuchen dieser Art Standardformulare zur Verfügung gestellt. Diese Formulare sind über ein Portal auf der Seite des CLO inklusive einer detaillierten Gebrauchsanleitung („EU-Amtshilfe für Länder und Gemeinden“) nach Anmeldung abrufbar. Diese Ersuchen sind grundsätzlich elektronisch über dieses Internetportal an das CLO zu richten.

A)

Welche Steuern und Abgaben sind betroffen?

Grundsätzlich sind alle Steuern und Abgaben betroffen, die auf Gemeindeebene erhoben werden. Ebenfalls sind alle Geldstrafen, Geldbußen, Gebühren und Zuschläge mit Bezug auf diese Steuern und Abgaben betroffen.

Nicht umfasst sind jedoch vertragliche Entgelte, wie beispielsweise die Zahlung von Kindergartenbeiträgen.

B)

Wie ist vorzugehen?

Die zuständige Behörde, von Schuldnern ausstehende Abgabeforderungen in anderen EU-Staaten eintreiben zu lassen, ist das Bundesministerium für Finanzen. Die Übermittlung derartiger Ersuchen erfolgt im Weg des Central Liaison Office for International Cooperation (CLO). Diesbezügliche Informationen werden via Internet unter www.bmf.gv.at unter der Rubrik „Betrugsbekämpfung / Steuer / Steuerfahndung“ angeboten.

C)

Welche Arten

von Ersuchen sind vorgesehen?

1. Auskunftersuchen: Jede Auskunft, die im Vollstreckungsverfahren benötigt wird (z. B. Ist der Abgabeschuldner der ersuchten Behörde bekannt oder gibt es verwertbares Vermögen?), kann von anderen EU-Mitgliedsstaaten angefordert werden.

2. Betreibungersuchen; Diese Ersuchen dienen der Vollstreckung offener Forderungen in einem anderen EU-Staat. Betreibungersuchen können ab einer offenen Forderung von 1.500 Euro pro Abgabepflichtigem gestellt werden und dürfen dabei – gerechnet ab dem Datum der Fälligkeit – nicht älter als fünf Jahre sein.

Das Formular der EU beinhaltet auch einen Abschnitt für einen europaweit einheitlichen Vollstreckungstitel, der in anderen Staaten direkt und unmittelbar anerkannt werden muss. Es ist deshalb eine Übermittlung des Originalvollstreckungstitels nicht notwendig.

3. Ersuchen um Sicherstellung: Auch besteht die Möglichkeit, bei noch nicht rechtskräftig festgesetzten Forderungen, ein Sicherstellungsersuchen an andere Staaten zu senden. In diesem Fall ist das entsprechende Formular gemeinsam mit dem Sicherstellungsauftrag an das CLO zu übermitteln.

4. Zustellersuchen: Grundsätzlich hat die Übermittlung aller Schriftstücke im Zusammenhang mit Vollstreckungsverfahren über den Postweg zu erfolgen. In

Ausnahmefällen – wenn der Postweg nicht möglich ist – kann jedoch das CLO zur Übermittlung eingeschalten werden.

Mit diesen Instrumenten und Möglichkeiten sollte es den Gemeinden erleichtert werden, die Nichtentrichtung von Abgaben zu vermeiden (siehe dazu die Ausführungen von Mag. Ernst Radlwinner, Leiter des Central Liaison Office im Bundesministerium für Finanzen, Kommunal, Ausgabe 2/2012, S. 32–33).

23.

Bundesgesetzliche Vorschriften zur Medientransparenz

A) Allgemeines

Mit BGBl. I Nr. 125/2011 wurde im **Artikel 1** das Bundesverfassungsgesetz über die Transparenz von Medienkooperationen sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums (**BVG Medienkooperation und Medienförderung – BVG MedKF-T**) und im **Artikel 2** das Bundesgesetz über die Transparenz von Medienkooperationen sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums (**Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz, MedKF-TG**) kundgemacht.

Das **BVG MedKF-T** ist seit **1. Jänner 2012** in Kraft. Das **MedKF-TG** wird mit **1. Juli 2012** in Kraft treten und findet grundsätzlich auf Sachverhalte Anwendung, die sich nach seinem Inkrafttreten ereignen. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass auch vor diesem Datum erfolgte Aufträge, die sich auch auf den Zeitraum nach dem 1. Juli 2012 beziehen, hinsichtlich des die nachfolgenden Monate entfallenden Anteils ebenfalls dieser Offenlegungspflicht unterliegen. Förderungen im Jahr 2012 werden jedenfalls nur insoweit erfasst, als sie nach dem 1. Jänner 2012 gewährt werden (*1276 der Beilagen XXIV.GP – Regierungsvorlage – Vorblatt und Erläuterungen*, S. 6).

Mit den genannten Regelungen soll die umfassende Transparenz bei der Vergabe von Werbeaufträgen und von Förderungen öffentlicher Stellen gewährleistet werden. Insbesondere soll dieses Gesetz mehr Transparenz bei Regierungsinseraten bringen.

Die Regulierungsbehörde Kommunikationsbehörde Austria – **KommAustria ist Kontrollbehörde**, weshalb auch das KommAustria-Gesetz geändert wurde.

B) Welche Rechtsträger unterliegen der Bekanntmachungspflicht nach dem BVG MedKF-T und Bundesgesetz MedKF-TG?

Die Bestimmungen des BVG MedKF-T und des Bundesgesetzes MedKF-TG finden auf die in Art. 126b Abs. 1, 2 und 3, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1, 3 und 4, Art. 127a Abs. 1, 3, 4 und 9 sowie Art. 127b Abs. 1 B-VG genannten Rechtsträger sowie die sonstigen durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfenen Rechtsträger Anwendung (vgl. § 1 Abs. 1 BVG MedKF-T und § 2 Abs. 1 MedKF-TG). Demnach gilt insbesondere für folgende Rechtsträger die Bekanntmachungspflicht: Bund, die Länder, **Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern**, Stiftungen, Fonds, Anstalten und öffentlich rechtliche Körperschaften des Bundes, der Länder und der Gemeinden und **Gemeindeverbände bzw. auch Unternehmungen, an denen diese Rechtsträger in qualifizierter Weise beteiligt sind**. Dabei wird nach Art. 126b bis 127b B-VG an die Kompetenz des Rechnungshofes zur Gebarungskontrolle angeknüpft.

C) Inhalt des MedKF-TG:

Nach diesem Bundesgesetz gilt für oben genannte Rechtsträger eine **Bekanntgabepflicht bei der Erteilung von Werbeaufträgen und der Vergabe von Förderungen an Medieninhaber** eines periodischen Druckwerks gemäß § 1 Abs. 1 Z. 5 des Mediengesetzes (MedienG), BGBl. Nr. 314/1981 oder eines periodischen elektronischen Mediums gemäß § 1 Abs. 1 Z. 5a MedienG.

Demnach gilt als **periodisches Medienwerk oder Druckwerk** ein Medienwerk oder Druckwerk, das unter

demselben Namen in fortlaufenden Nummern wenigstens viermal im Kalenderjahr in gleichen oder ungleichen Abständen erscheint und dessen einzelne Nummern, mag auch jede ein in sich abgeschlossenes Ganzes bilden, durch ihren Inhalt im Zusammenhang stehen (§ 1 Abs. 1 Z. 5 MedienG) und als **periodisches elektronisches Medium** ein Medium, das auf elektronischem Wege (a) ausgestrahlt wird (Rundfunkprogramm) oder (b) abrufbar ist (Website) oder (c) wenigstens vier Mal im Kalenderjahr in vergleichbarer Gestaltung verbreitet wird (wiederkehrendes elektronisches Medium; vgl. § 1 Abs. 1 Z. 5a MedienG).

Die **Bekanntgabe** hat elektronisch im Weg einer Webschnittstelle (Web-Interfaces) an die **KommAustria**, **quartalsweise jeweils innerhalb von zwei Wochen gerechnet ab dem Ende eines Quartals**, zu erfolgen (§ 2 Abs. 3). Ob die Rechtsträger dieser Bekanntgabepflicht fristgerecht nachgekommen sind, wird von der KommAustria jeweils bis zum 30. April, 31. Juli, 31. Oktober und 31. Jänner in farblich eindeutig unterscheidbarer Weise („Ampelsystem“) auf der Website der KommAustria ausgewiesen (§ 3 Abs. 1). Kommt ein Rechtsträger dieser Bekanntgabepflicht nicht rechtzeitig nach so ist eine **Nachfrist** von vier Wochen vorgesehen (§ 3 Abs. 2).

Für Einrichtungen gemäß Art. 126b Abs. 1 und 2, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1 und 3 und Art. 127a Abs. 1 und 3 B-VG gilt eine Besonderheit. So ist es ihnen untersagt, in audiovisueller kommerzieller Kommunikation oder entgeltlichen Veröffentlichungen auf oberste Organe i. S. von Art. 19 B-VG hinzuweisen (§ 3a Abs. 4). Auf Gemeindeebene sind hievon **Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern** sowie Stiftungen, Fonds und Anstalten, die von Organen einer Gemeinde oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen einer Gemeinde bestellt sind (Art. 127a Abs. 1) und **Unternehmungen, an denen eine Gemeinde mit mindestens 10.000 Einwohnern** allein oder gemeinsam mit anderen der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträgern mit mindestens 50 v. H. des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist oder die die Gemeinde allein oder gemeinsam mit anderen solchen Rechtsträgern betreibt, betroffen (Art. 127a Abs. 3).

1. Bekanntgabepflicht bei Aufträgen nach dem MedKF-TG

§ 2 enthält den Kern der Transparenzvorschrift im Hinblick auf „**Werbeaufträge**“ in periodischen Medien. Demnach sind für sämtliche direkte oder unter Ver-

mittlung über Dritte erteilte Aufträge über (**audiovisuelle**) **kommerzielle Kommunikation** (Z. 1) und über **entgeltliche Veröffentlichungen** (Z. 2) der Name des jeweiligen periodischen Mediums, in dem Veröffentlichungen vorgenommen wurden, sowie die Gesamthöhe des jeweils innerhalb für die innerhalb eines Quartals erfolgten Veröffentlichungen (Z. 1 und Z. 2) zu leistenden Entgelts bekannt zu geben (§ 2 Abs. 1). Durch das Abstellen auf die Gesamthöhe bzw. Gesamtsumme wurde den im Begutachtungsverfahren geäußerten Bedenken im Hinblick auf die Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen bzw. datenschutzrechtliche Aspekte Rechnung getragen. Für die Bekanntgabepflicht ist jeweils der Zeitpunkt der Leistungserbringung maßgeblich (§ 2 Abs. 5).

Im **Interesse umfassender Transparenz**, haben auch Rechtsträger für die keine Aufträge im Sinn des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Quartal durchgeführt wurden diesen Umstand ebenso – im Weg der Webschnittstelle der KommAustria, innerhalb der oben genannten Frist, – bekannt zu geben. Dasselbe gilt, wenn die Gesamthöhe des Entgelts der von einem Medieninhaber eines periodischen Mediums durchgeführten Aufträge nicht mehr als 5.000 Euro im jeweiligen Quartal beträgt (§ 2 Abs. 4).

Von der Bekanntgabepflicht nach § 2 Abs. 1 ausgenommen sind Aufträge, deren Zweck die Erfüllung einer bundes- oder landesgesetzlich geregelten oder sonst verwaltungsbehördlich oder gerichtlich angeordneten Veröffentlichungsverpflichtung oder deren Zweck die Veröffentlichung von Stellenangeboten, Ausschreibungen oder von mit diesen vergleichbaren Bekanntmachungen von eingeschränktem öffentlichen Interesse ist (§ 2 Abs. 3).

2. Bekanntgabepflicht und Veröffentlichung von Förderungen und Programmengelt

Für an Medieninhaber eines periodischen Mediums gewährte Förderungen aus den Fonds gemäß § 29 und § 30 des KommAustria-Gesetzes (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001, nach dem Presseförderungsgesetz 2004 (PresseFG 2004), BGBl. I Nr. 136/2003, nach Abschnitt II des Publizistikförderungsgesetzes 1984 (PubFG), BGBl. Nr. 369/1984, bestimmt § 4 zusätzliche Bekanntgabepflichten (§ 4 Abs. 1 Z. 1–3). Dasselbe gilt für Fördermaßnahmen, die mit obigen (Z. 1–3) insofern inhaltlich vergleichbar sind, als insbesondere die inhaltliche Gestaltung, Herstellung oder Verbreitung eines periodischen Druckwerks oder die inhaltliche Gestaltung und Ausstrahlung oder Abrufbarkeit eines

periodischen elektronischen Mediums gefördert werden (§ 4 Abs. 1 Z. 4). So ist in diesen Fällen zusätzlich noch der Name des Förderungsempfängers und die Gesamtsumme der jeweils innerhalb eines Quartals gewährten Förderungen bekannt zu geben, wobei die Zusage der Förderung maßgeblich ist. Eine nachträgliche Änderung ist nicht zu berücksichtigen (§ 4 Abs. 1).

Auch betreffend Förderungen trifft den Rechtsträger im Interesse umfassender Transparenz eine Bekanntgabepflicht in den Fällen, in denen er keine Förderung vergeben hat oder die Gesamtsumme der Förderung 5.000 Euro im entsprechenden Quartal nicht übersteigt (siehe oben; § 4 Abs. 2).

Ebenso ist die vom ORF bekannt gegebene Höhe des dem ORF innerhalb des jeweiligen Quartals zugekommenen Programmgelts (§ 31 Abs. 1 ORF-G) sowie der Abgeltung nach § 31 Abs. 11 ORF-G zu veröffentlichen (§ 4 Abs. 3).

3. Richtlinien über die inhaltliche Gestaltung audiovisueller kommerzieller Kommunikation und entgeltlicher Veröffentlichungen (§ 3a)

Audiovisuelle Kommunikation und entgeltliche Veröffentlichungen von in Art. 126b Abs. 1 und 3, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1 und 4 und Art. 127a Abs. 1 und 4 B-VG, angeführten Rechtsträgern haben ausschließlich der Deckung eines konkreten Informationsbedürfnisses der Allgemeinheit zu dienen, das in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Wirkungsbereich des jeweiligen Rechtsträgers steht (§ 3a Abs. 1, 1. Satz). Auf **Gemeindeebene** sind hievon **Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern** sowie Stiftungen, Fonds und Anstalten, die von Organen einer Gemeinde oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen einer Gemeinde bestellt sind (Art. 127a Abs. 1) und öffentlich-rechtliche Körperschaften, die mit Mitteln einer Gemeinde mit mindestens 10.000 Einwohnern finanziert werden (Art. 127a Abs. 4), betroffen. Ebenso davon betroffen sind Unternehmungen i. S. d. Art. 126b Abs. 2, Art. 127 Abs. 3 und Art. 127a Abs. 3 B-VG und sonstige durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfenen Rechtsträger, die weit überwiegend Leistungen für die Verwaltung des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder Gemeinde-

verbände erbringen (§ 3a Abs. 3). Die Bundesregierung hat für die Bundesverwaltung, die **jeweilige Landesregierung für die Landes- und Gemeindeverwaltung Richtlinien** zur näheren Festlegung der im § 3a Abs. 1 genannten Grundsätze über die inhaltliche Gestaltung audiovisueller kommerzieller Kommunikation und entgeltlicher Veröffentlichungen (§ 2 Z. 1 und Z. 2) zu erlassen.

4. Veröffentlichung durch die KommAustria

Eine Veröffentlichung der gemeldeten Daten hat bei Vorliegen aller Bekanntgaben, für das betreffende Quartal, spätestens aber am 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember für das jeweils diesen Tagen vorangehende Quartal zu erfolgen (§ 3 Abs. 3). Die Veröffentlichung durch die KommAustria erfolgt unter **Aufschlüsselung der Auftraggeber**, wobei für den Bund darüber hinaus eine Aufschlüsselung auch nach den Wirkungsbereichen der einzelnen Bundesministerien erfolgt (§ 3 Abs. 4).

Um irreführende Verwechslungen auszuschließen unterscheidet sich die Bekanntgabe von Aufträgen nach § 2 von jener der Förderungen und Programmgelte nach § 4 (§ 3 Abs. 5; vgl. 1276 der Beilagen XXIV.GP – Regierungsvorlage – Vorblatt und Erläuterungen, S. 5). Dem wird auch im Rahmen der Veröffentlichung durch die KommAustria Rechnung getragen (§ 3 Abs. 5). Die veröffentlichten Daten eines Kalenderjahres sind von der KommAustria jeweils zwei Jahre nach deren erstmaliger Veröffentlichung von der Website zu löschen (§ 3 Abs. 6).

5. Verwaltungsstrafe

Wer seiner Bekanntgabepflicht nicht fristgerecht nachkommt und auch die Nachfrist ungenutzt verstreichen lässt oder wer eine unvollständige oder offensichtlich unrichtige Bekanntgabe veranlasst, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 Euro zu bestrafen. Im Wiederholungsfall droht eine Geldstrafe bis zu 40.000 Euro. Dieselbe Strafandrohung gilt, wenn von der KommAustria aus Anlass einer Mitteilung des Rechnungshofes im Zuge der Gebarungskontrolle eines Rechtsträgers die Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit einer Bekanntgabe festgestellt wurde (§ 5).

24.

Fachtagung „Wie ticken Jugendliche?“

Am 27. April 2012 findet im Rahmen des Interreg IV Italien-Österreich Projektes „Jugendkompetenz in der Gemeindepolitik“ im Landhaus in Innsbruck die Fachtagung „Wie ticken Jugendliche?“ statt. Am Vormittag hält der Diplompädagoge und Jugendforscher Peter Martin Thomas aus Stuttgart einen Vortrag zum Thema „Jugendliche Lebenswelten – Soziale Mileus“, in dem er unter anderem die Ergebnisse der top-aktuellen Sinus Jugendstudie U18 (Veröffentlichung im März 2012) präsentieren wird. Am Nachmittag heißt es für die Teil-

nehmerInnen im Worldcafé und bei „Top oder Flop?“ selbst aktiv zu werden. Die Tagung wird abgerundet durch einen „Abschlussrap“ mit den Landesrätinnen von Tirol und Südtirol sowie mit GemeindepolitikerInnen und JugendarbeiterInnen aus beiden Ländern und findet einen gemütlichen Ausklang bei einem fruchtigen Cocktail an der „MOBILisierBAR“.

Infos und Anmeldungen:

Katja Huebser, Tel. +43/(0)699/17266190

katja.huebser@tirol.gv.at

25.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2012

Ertragsanteile an	April		Änderung	
	2011	2012	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	5.548.527	5.537.988	-10.539	-0,19
Lohnsteuer	15.536.267	16.449.088	912.821	5,88
Kapitalertragsteuer	487.614	-11.862	-499.476	-102,43
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	609.836	1.126.018	516.182	84,64
Körperschaftsteuer	8.345.073	9.735.706	1.390.633	16,66
Erbschafts- und Schenkungssteuer	11.648	93.404	81.757	701,89
Stiftungseingangssteuer	25.760	4.381	-21.379	-82,99
Bodenwertabgabe	134.807	131.806	-3.001	-2,23
Stabilitätsabgabe	1.226.287	985.544	-240.743	100,00
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	31.925.818	34.052.073	2.126.254	6,66
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	21.162.143	21.583.981	421.838	1,99
Abgabe von alkoholischen Getränken	86	28	-58	-67,30
Tabaksteuer	1.296	6.783	5.487	423,48
Biersteuer	97.633	94.010	-3.623	-3,71
Mineralölsteuer	2.290.786	2.809.272	518.486	22,63
Alkoholsteuer	80.096	110.145	30.050	37,52
Schaumweinsteuer	1.123	1.177	55	4,88
Kapitalverkehrsteuern	22.813	52.489	29.676	130,08
Werbeabgabe	320.805	335.853	15.048	4,69
Energieabgabe	863.040	668.608	-194.432	-22,53
Normverbrauchsabgabe	320.680	318.114	-2.566	-0,80
Flugabgabe	0	74.667	74.667	100,00
Grunderwerbsteuer	5.665.293	7.443.572	1.778.279	31,39
Versicherungssteuer	752.147	723.913	-28.233	-3,75
Motorbezogene Versicherungssteuer	993.754	1.135.742	141.988	14,29
KFZ-Steuer	128.514	85.806	-42.708	-33,23
Konzessionsabgabe	191.132	154.051	-37.080	-19,40
rechnungsmäßig Ertragsanteile	32.891.339	35.598.212	2.706.872	8,23
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	0	-879.083	-879.083	100,00
Summe sonstige Steuern	32.891.339	34.719.128	1.827.789	5,56
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	64.817.157	68.771.201	3.954.044	6,10
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.667.832	5.781.339	113.507	2,00
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

26.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2012

Ertragsanteile an	Jänner - April		Änderung	
	2011	2012	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	14.878.692	13.969.421	-909.271	-6,11
Lohnsteuer	67.840.674	73.214.997	5.374.323	7,92
Kapitalertragsteuer	3.682.306	3.193.290	-489.017	-13,28
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.867.554	2.155.381	287.827	15,41
Körperschaftsteuer	20.631.256	22.830.856	2.199.600	10,66
Erbschafts- und Schenkungssteuer	66.303	142.874	76.571	115,49
Stiftungseingangssteuer	40.147	31.624	-8.523	-21,23
Bodenwertabgabe	283.980	263.204	-20.776	-7,32
Stabilitätsabgabe	1.226.287	2.088.074	861.787	70,28
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	110.517.200	117.889.722	7.372.522	6,67
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	76.631.482	79.499.018	2.867.536	3,74
Abgabe von alkoholischen Getränken	280	95	-185	-65,97
Tabaksteuer	3.602.427	3.933.085	330.658	9,18
Biersteuer	546.879	563.399	16.520	3,02
Mineralölsteuer	12.108.228	13.403.385	1.295.157	10,70
Alkoholsteuer	444.490	465.036	20.546	4,62
Schaumweinsteuer	4.704	4.465	-239	0,00
Kapitalverkehrsteuern	210.068	198.245	-11.822	-5,63
Werbeabgabe	1.532.667	1.499.792	-32.875	-2,14
Energieabgabe	3.068.940	3.227.175	158.235	5,16
Normverbrauchsabgabe	1.381.753	1.500.689	118.937	8,61
Flugabgabe	0	324.310	324.310	100,00
Grunderwerbsteuer	22.611.708	29.909.610	7.297.902	32,27
Versicherungssteuer	2.889.422	3.050.232	160.810	5,57
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.384.627	3.155.753	-228.874	-6,76
KFZ-Steuer	266.394	183.652	-82.742	-31,06
Konzessionsabgabe	881.840	951.551	69.711	7,91
rechnungsmäßig Ertragsanteile	129.565.909	141.869.493	12.303.584	9,50
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	0	-3.516.333	-3.516.333	100,00
Summe sonstige Steuern	129.565.909	138.353.160	8.787.251	6,78
Kunstförderungsbeitrag	39.745	40.346	601	1,51
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	240.122.855	256.283.228	16.160.373	6,73
Zwischenabrechnung **)	2.642.628	6.407.290	3.764.662	142,46
Ertragsanteile gesamt	242.765.483	262.690.518	19.925.035	8,21
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	20.507.866	21.280.659	772.793	3,77
Getränkesteuerausgleich **)	264.075	451.976	187.901	71,15
Summe Getränksteuerausgleich	20.771.941	21.732.635	960.694	4,62
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.003.340	1.003.340	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2012

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2012 (endgültig)	Februar 2012 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	103,8	104,3
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	113,7	114,2
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	125,7	126,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	132,2	132,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	172,9	173,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	268,8	270,1
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	471,8	474,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	601,1	604,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	603,1	606,0

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Februar 2012 beträgt 104,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2012 um 0,5% gestiegen (Jänner 2012 gegenüber Dezember 2011: -0,5%). Gegenüber Februar 2011 ergibt sich eine Steigerung um 2,6% (Jänner 2012/2011: 2,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck